Nr. 161. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Freitag, 5. April 1895.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 4. April.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

12. Plenar-Sitzung vom 4. April, 2 Uhr.

Der Gesetzentwurf betr. die Berliner Stadtsynode und die Parochialverbände in größeren Orten wird entsprechend dem Antrage der Kommission debattelos angenommen.

Eine Petition um Errichtung eines Amtsgerichts in Vietz wird gemäß dem Antrage der Justizkommission der Regierung als für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt, jedenfalls nicht vor Monat Mai.

Abgeordnetenhaus.

55. Plenar-Sitzung vom 4. April, 11 Uhr.

Eingegangen ist die Denkschrift über die zweite Revision der Gebäudesteuerveranlagung.

In dritter Lesung werden zunächst debattelos angenommen die Gesetze, betreffend die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in den Bezirken des Konsistoriums Wiesbaden und betreffend die Vertretung der Kreis- und Provinzialverbände in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Auf Antrag der Rechnungskommission wird bezüglich der Rechnung über den Staatshaushalt der Jahre 1891—92 und 1893—94 die Entlastung ausgesprochen und die Etatsüberschreitungen nachträglich genehmigt, für das Etatsjahr 1893—94 vorbehaltlich der Prüfung und Erinnerungen der Oberrechnungskammer.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen. Petitionen von vier katholischen Volksschullehrern um Anrechnung ihrer Dienstjahre an Missionsschulen bei Bemessung der staatlichen Alterszulagen werden auf den Widerspruch eines Regierungskommissars gegen den Antrag der Gemeinde- und Unterrichtskommission, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition von Betriebssekretären in Magdeburg wegen Beseitigung der Prüfung der Eisenbahnbetriebssekretäre zum Eisenbahnsekretär beantragt die Budgetkommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. **Reichardt**-Magdeburg (natl.) beantragt, die Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. **Sattler** (natlib.) befürwortet zwar nicht die Beseitigung der Prüfung, wohl aber eine mehr formlose Gestaltung derselben, da man die Befähigung des Beamten ohnehin kenne.

Der Antrag Reichardt wird darauf angenommen.

Im Uebrigen werden die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen, die nur von lokaler Bedeutung sind, nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag, den 23. April, 12 Uhr. (Zweite Lesung des Gesetzes betr. die Errichtung einer Generalkommission für die Provinz Ostpreußen.)

Deutschland.

△ **Berlin**, 4. April. Der Kaiser ging heute von Kiel aus mit dem Manövergeschwader in See.

Prinz Joachim, der Sohn des Kaisers, befindet sich bereits außer Bett, doch erfordert sein Befinden noch große Schonung.

An der am 1. d. Mts. unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Konferenz behufs Feststellung des Programms für die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals nehmen der „N. A. Z." zufolge außer dem Reichskanzler, dem Prinzen Ferdinand zu Schleswig-Holstein, die Minister v. Böttcher, Thielen und Dr. Stephan, die Admirale Hollmann und Knorr, der kommandirende General Graf Waldersee, der Oberpräsident von Schleswig-Holstein und je ein Vertreter des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft Theil. Heute Abend werden sich die Minister von Böttcher, von Köller und von Stephan in derselben Angelegenheit nach Kiel begeben. Das endgültige Programm für die Feier ist jedoch noch nicht festgestellt.

Die Abendblätter enthalten eine anscheinend von wohlinformirter Seite stammende Mittheilung, wonach der polnische Abgeordnete Dr. v. Wolszlegier, einer der Führer der polnischen Volkspartei, als Mitglied der Umsturzkommission gegen die §§ 111, 130 und 131 der Umsturzvorlage stimmte und sich überhaupt gegen das ganze Gesetz aussprach. Als Herr v. Komierowski der Kommission beitrat, stimmte er sofort für die genannten Paragraphen, so daß Herr Wolszlegier schließlich aus der Kommission austrat. Man nimmt an, daß diese Haltung des Herrn v. Komierowski, der der sogenannten polnischen „Hofpartei" angehört, vorher mit dem Zentrum vereinbart war.

Unter Vorsitz des Geh. Kommerzienrath Frentzel und unter Theilnahme von etwa 70 hervorragenden Industriellen und Kaufleuten aus allen Theilen Deutschlands wurde der „Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung" gebildet. Vorläufige Leiter des Vereins sind: Geheimer Kommerzienrath Siegle-Stuttgart, Dr. L. Bamberger-Berlin, Prof. Huber-Stuttgart.

** Die Monate Januar und Februar sind für die preußische Eisenbahnverwaltung und ihre finanziellen Ergebnisse nicht günstig gewesen. Trotz der Sperrung der Schifffahrt und der andauernden Kälte und des dabei stark hervorgetretenen Verbrauchs an Heizmaterial sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Gleichzeitig aber sind Mehrausgaben in nicht unbeträchtlicher Höhe durch den wiederholten starken Schneefall und die damit verknüpften Schneeverwehungen erwachsen. Die Betriebsergebnisse des Monats März liegen noch nicht vollständig vor. Mit dem hieraus sich ergebenden Vorbehalte aber erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß der Monat März wenigstens zum größeren Theil einen Ausgleich für die vorhergehenden ungünstigen Monate bieten wird. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß das rechnungsmäßige Defizit des abgelaufenen Finanzjahres 1894—95 sich auf einen etwas höheren Betrag belaufen wird, als dies bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats durch den Finanzminister geschätzt worden war. Soweit die Unterlagen bisher vorhanden sind, gelangt man dazu, den Fehlbetrag auf 20—22 Millionen statt auf 18 bis 20 Millionen zu schätzen. Und zwar trotz der sehr erheblichen Vermehrung der der Staatskasse verbleibenden Ueberweisungen aus Reichssteuern in Folge der Mehrerträge der Zölle und der Stempelsteuer und trotz der ganz extraordinären Mehreinnahme von 10 Millionen Mark aus den Staatsforsten in Folge der Windbrüche im vorigen Jahre.

Da in dem Reiche bestenfalls auf die volle Deckung der eigenen Ausgaben gerechnet werden darf und in Bezug auf die Sparsamkeit bei den Ausgaben das mit der Erfüllung der Kulturaufgaben des Staates noch vereinbare Maß erreicht ist, wird man auch in Preußen um eine Vermehrung der eigenen Einnahmen nicht länger herumkommen. Dies wird namentlich bei Berathung der jetzt vorliegenden Gebühren- und Stempelgesetze zu beachten sein. Was hierbei an Gegenleistungen für durch den Einzelnen und im Interesse desselben veranlaßte Leistungen des Staates herabgemindert wird, geschieht am letzten Ende zu Lasten der Gesamtheit der Steuerzahler. Das wird nicht vergessen werden dürfen, wenn man sich die Tragweite der gefaßten Beschlüsse voll gegenwärtig halten will.

— Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Kleine Presse" brachte vor einigen Tagen von Neuem die Mittheilung, daß Herr v. Hammerstein am 1. Juli, und zwar unfreiwillig, von der Leitung der „Kreuzztg." zurücktreten werde; es wären daran in hohem Grade ehrenrührige Beschuldigungen gegen Herrn v. Hammerstein geknüpft: er sollte seine Stellung bei der „Kreuzztg." zum schweren materiellen Schaden des Blattes und zu seinem persönlichen Vortheil mißbraucht haben. Heute enthält die „Kreuzztg." folgende Erklärung:

Die Frankfurter „Kleine Presse" bringt eine auch in andere Zeitungen übergegangene Korrespondenz aus Berlin, welche von niederträchtigen und lügnerischen Angriffen gegen die „Kreuzzeitung" und meine Person strotzt. Da dieser Pfeil aus dem Hinterhalt anonym abgeschossen ist, so bleibt mir nur die Verleumdungsklage übrig. Mein Rechtsanwalt ist dazu bereits beauftragt.

Berlin, 3. April.

Frhr. v. Hammerstein.

— Die „Köln. Ztg." kennzeichnet das Umsturzgesetz als ein Ausnahmegesetz gegen die führenden Klassen", die Verhandlungen der Kommission als ein „klägliches Schauspiel", ihr Ergebniß als „methodischen Wahnsinn". Sie weist nach, wie dies „Gesetz zum Schutz des Ultramontanismus" das Denken des deutschen Volkes unter die Vormundschaft der Kurie stelle und fährt fort:

„Es ist Zeit, daß die Regierung Klarheit darüber schafft, wie sie zu dem frechen Plane des unduldsamen Ultramontanismus steht, die Umsturzvorlage zu einem Ausnahmegesetz gegen die gebildeten Klassen, gegen das denkende, forschende, experimentirende, malende Deutschland umzukrempeln. Wir meinen, die einfachste Klugheit müßte der Regierung gebieten, hier aufs schleunigste jeden Zweifel zu beseitigen. Angesichts der Anzeichen einer katilinarischen Entartung, die in der konservativen Presse und Partei hervortreten — Krankheitssymptomen, von denen näherer Kennzeichnung wir noch absehen — ist die Regierung darauf angewiesen, in dem freien, nationalgesinnten Bürgerthum in Stadt und Land eine zuverlässige Stütze zu suchen. Dieses stolze Bürgerthum aber denkt nicht daran, sich von einigen lichtscheuen und zurückgebliebenen Köpfen vorschreiben zu lassen, was es denken und was es nicht denken soll. Es ist ein ebenso phantastisches als brutales Beginnen, mittelalterliche Vorstellungen, die nun einmal vor dem unbestechlichen Richterstuhl der Vernunft gerichtet sind, durch den Polizeistock vor dem Absterben zu bewahren. Der Staat, der sich auf diese unterstützungsbedürftigen Gesellschaftsretter stützen wollte, würde einen antiklerikalen Fanatismus entzünden, den wir im Interesse des Friedens nur bedauern könnten. Wir erwarten also, daß die Regierung in Sachen der Jesuiten wie in Sachen der Umsturzvorlage ihr Licht nicht länger unter den Scheffel stellt."

— Der im Abgeordnetenhause vom Zentrum eingebrachte Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung scheint in den Kreisen der Konservativen abfällig beurtheilt zu werden, weil man davon Vortheile für die evangelische Kirche zu erlangen hofft. Das wird aber ebenso wenig der Fall sein, wie die evangelische Kirche Nachtheile durch die Aufhebung der Verfassungsartikel erlitten hat. Als der Entwurf zu dem Gesetze vom 18. Juni 1875 dem Abgeordnetenhause vorlag, und der evangelische Oberkirchenrath dem damaligen Kultusminister Dr. Falk in einem Schreiben seine Besorgniß wegen Schmälerung der Selbstständigkeit der evangelischen Kirche ausdrückte, antwortete der Minister unter dem 23. April 1875 u. a.:

„Eine derartige Absicht liegt in der That nicht nur der Staatsregierung fern, sondern sie wird auch von keiner anderen Seite verfolgt. Die bisherigen Verhandlungen im Landtage gewähren nirgends einen Anhalt für die Befürchtung, daß mit Aufhebung des Art. 15 cit. die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche nicht mehr gelten solle und die auf Herstellung derselben gerichteten Organisationen ihren Rechtsboden verlieren möchten. Wohl aber hat die rein abwehrende Bedeutung der Maßregel einen Ausdruck erhalten, welcher bei unbefangener Würdigung die Integrität der evangelischen Kirche in ihrer jetzigen staatsrechtlichen Stellung vor jeder Mißdeutung sichert. Mit Bezug auf die bekannte Rede des Abg. Brüel ist von mir in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. d. M. ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Rechtsordnung der evangelischen Kirche überhaupt nicht auf dem Art. 15 der Verfassungsurkunde, sondern auf staatlichen und kirchlichen Spezialgesetzen beruht, daß bei dem weiteren Ausbau der evangelischen Kirchenverfassung auf diesem Wege fortgefahren werden wird, daß der Wegfall des Art. 15 cit. nicht die Aufrichtung einer Staatsomnipotenz auch für die inneren kirchlichen Angelegenheiten bezweckt und daß die Unterstellung, es könnte die Gesetzgebung weiter gehen, als es nothwendig ist, um dem Staat dasjenige zu schaffen, was er durchaus bedarf, eine Annahme ist, welche weiter trägt, als Verhältnisse, Erfahrung und verständige Erwägung rechtfertigen. Die Erklärungen .... sind von mir in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Staatsministeriums abgegeben worden." Weiter heißt es in der Antwort des Ministers Falk, daß es sich bei der Aufhebung der Verfassungsartikel 15 ff. darum handle, „der Gesetzgebung freie Bahn zu schaffen, um den Staat unter allen Umständen gegen den seine Hoheitsrechte mißachtenden und damit seine Existenz gefährdenden, von Rom geleiteten katholischen Klerus zu sichern."

Hamburg, 4. April. Der „Hamb. Korr." meldet: Der neuernannte Gesandte in Guatemala, von Bergen, begiebt sich am 14. April, nebst seinem zum Gesandtschaftsattacher ernannten Sohne dorthin.

Frankfurt a. M., 4. April. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Bern wird die Kommission des Nationalrathes am 8. Mai in Luzern zusammentreten zur Verhandlung über den von Zemp vorgeschlagenen neuen Artikel zu der Eisenbahnnovelle, der an Stelle der Artikel 8 und 9 der Eisenbahnvorlage treten soll und von dem Ständerath bereits angenommen ist.

Straßburg i. E., 4. April. Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Erstein-Molsheim sind bisher gezählt für den Unterstaatssekretär Zorn von Bulach 10181, Böhle (Soz.) 4079 Stimmen. Die Wahl des Ersteren ist gesichert. Au 17 Ortschaften liegt das Wahlergebniß noch nicht vor; doch kann das Gesamtresultat durch dasselbe nicht beeinflußt werden.

Belgien.

Brüssel, 4. April. In mehreren Kohlengruben von Seraing und Flemalle sind kleinere Ausstände ausgebrochen. Die Ruhe ist nicht gestört.

Frankreich.

Paris, 1. April. Der französische Staatshaushalt wandelt gefährliche Wege. Die leitenden Kreise verschließen absichtlich die Augen vor dem Ziele, dem sie unverkennbar zustreben, und führen fortwährend tröstliche Worte von dem „unerschöpflichen Reichthum Frankreichs", von den „unübersehbaren Hülfsquellen des Landes", von dem „beneidenswerthen Zustande seines Kredits" u. s. w. im Munde. Von Zeit zu Zeit erhebt aber doch ein Warner die Stimme und ruft angstvoll: „Halt! Wir steuern dem Abgrund zu." Ein solcher Warner ist Hr. Morel, der Hauptberichterstatter des Haushaltausschusses im Senat. Er führt in seinem Berichte Zahlen an, die wohl geeignet sind, den französischen Steuerzahler düster zu stimmen. Hr. Morel stellt einige Vergleiche an, ohne weiter als bis 1890 zurückzugreifen. Selbst in dieser verhältnißmäßig kurzen Zeit sind die Ausgaben des Staates zum Theil ungeheuerlich gestiegen. Die Flotte kostete 1890 201 Millionen, 1895 sind ihre Ausgaben mit 270 Millionen angeschlagen. Für die Kolonien sind 1895 um 22 Millionen mehr erforderlich als 1890. Der öffentliche Unterricht beanspruchte 1890 182,5 Millionen, 1895 197,5, das Erforderniß der öffentlichen Arbeiten stieg von 216 Millionen auf 489 Millionen. Hier handelt es sich allerdings nicht um wirkliche Mehrausgaben. Die 216 Millionen von 1890 begriffen die Zinsbürgschaftbeträge nicht in sich, während diese in den 489 Millionen von 1895 enthalten sind, obschon noch nicht einmal vollständig. Aehnlich schwollen die Beträge für Ackerbau, Ruhegehälter der Beamten und Offiziere, Post und Telegraph u. s. w. an. Das Ergebniß der Finanzwirthschaft dieser letzten Jahrzehnte ist, daß die Staatsschuld heute 31 168 Millionen Franken beträgt. Diese schwindelerregende Ziffer stellt aber keineswegs die ganze Gemeinverschuldung Frankreichs dar. Man muß noch mit 532 849 462 Franken Departements- und 3296 Millionen 916 125 Franken Gemeindeschulden rechnen. Diese Zahlen ergeben zusammen eine öffentliche Schuld von etwa über 35 Milliarden, ein Betrag, der niemals von einem Staate auch nur annähernd erreicht wurde. 1870 betrug Frankreichs Staatsschuld blos 13 Milliarden. Der Krieg mit allen seinen finanziellen Folgen steigerte sie um nahezu 10 Milliarden. Aber auch nach der Abwickelung der Kriegsrechnung, in vollem Frieden, in regelmäßigem Ablauf des Staatslebens, wurde sie seit 1873 noch um 8 Milliarden vermehrt und diesen Zuwachs an Schulden werfen die Feinde der Republik ihr bitter vor. Nach Herrn Morel besteht das Gleichgewicht im Haushalt seit Jahren nur auf dem Papier. In Wirklichkeit schloß 1892 mit einem Fehlbetrag von 165 Millionen, oder, wenn man 63,3 Millionen Schuldentilgung abrechnen will, von 101,4 Millionen. 1893 war der Fehlbetrag 229 659 000 Fr., oder ohne Schuldentilgung rein 55 Millionen, 1894 erreichte der Fehlbetrag 140 oder 77 Millionen. Der Voranschlag für 1895 schließt theoretisch mit einem Ueberschuß von 240 000 Franks. Herr Morel glaubt, das Jahr werde thatsächlich einen Fehlbetrag von über 120 Millionen lassen. Die aufgehäuften Fehlbeträge der letzten Jahre haben eine schwebende Schuld geschaffen, zu deren Bezahlung eine neue Anleihe von mindestens 1200 Millionen nothwendig ist. Alle Bestände sind aufgebraucht, vielfach hat der Staat auch schon künftige Ernten auf dem Halme verpulvert. Einer solchen Wirthschaft kann selbst Frankreichs Erbreichthum und wertheschaffender Fleiß auf die Dauer nicht widerstehen und früher oder später wird eine Nothmaßregel in irgend einer Form nicht zu umgehen sein.

Spanien und Portugal.

Madrid, 4. April. Marschall Martinez Campos wird sich sofort in Cadix nach Kuba einschiffen; das Schiff wird heute abgehen. In verschiedenen Häfen werden zahlreiche Verstärkungen für Kuba vorbereitet.

Die Kommission der Deputirtenkammer hat sich günstig hinsichtlich der Reform des Strafgesetzbuches für Kuba behufs Unterdrückung der separatistischen Propaganda ausgesprochen.

In Folge der Obstruktion der Deputirten der republikanischen Partei wird die Deputirtenkammer das Budget nicht vor Juni erledigen können.

Madrid, 4. April. Ein an den Minister des Auswärtigen, Herzog von Tetuan, gerichtetes Telegramm des spanischen Gesandten in Tänger bestätigt, daß Marokko das Kap Juba angekauft habe, mit dem Hinzufügen, daß der Hafen zu einem Freihafen erklart werden wird.

Madrid, 27. März. Ein Privat-Telegramm aus Havana von gestern meldet, daß Oberst Santoclides am 22. bei San Roman ein heftiges Gefecht mit den Aufständischen hatte, wobei ein Offizier getödtet und drei Soldaten verwundet wurden. Der Verlust auf feindlicher Seite war nicht genau festzustellen. Zwei Tage später, am 24., fand ein größerer Kampf zwischen einer von Oberst-Lieutenant Araoz befehligten Truppenabtheilung in Stärke von 300 Mann und 500 berittenen Aufständischen bei Cayo Camacho statt, wobei von letzteren 15 erschossen wurden, während sie ihre Verwundeten mitnehmen konnten, 2 Gefangene wurden gemacht. Die Spanier verloren einen Premierlieutenant; mehrere Soldaten wurden verwundet. Man glaubt, daß es in den nächsten Tagen zu weitern Gefechten kommen wird, da die Partidas von Masso, Miero und Manana, zusammen etwa 300 Mann, die beritten und gut bewaffnet sein sollen, sich dem Holguiner Bezirk nähern. All dies beweist, daß die Aufrührer in ganz ansehnlichen Haufen auftreten und bereits dazu übergegangen sind, regelrechte Gefechte zu liefern. Noch beunruhigender hat hier ein heute eintreffendes amtliches Telegramm gewirkt, das die Meldung von dem Ueberfall der Ortschaft Campochuela durch 300 Aufständische enthält. Die aus nicht ganz 40 Mann bestehende Besatzung wurde aufgefordert, die Waffen zu strecken. Das geschah nun zwar nicht, aber auf Bitten der Einwohnerschaft zog sich die Abtheilung zurück und ließ die Aufrührer auch dann ungeschoren, als sie die Läden und die Kasernen ausraubten. Der betreffende Offizier wird sich kriegsgerichtlich zu verantworten haben.

Großbritannien und Irland.

London, 3. April. Bei der heutigen Jahresversammlung der bimetallistischen Liga in Mansionhouse führte Balfour aus, ein internationales Abkommen würde das Uebergewicht Englands als Welt-Bankier nicht bedrohen und eine bimetallistische Währung weder den gewerblichen Wohlstand Englands noch dessen insulare Stellung oder Sicherheit vor einem Kriege stören. Das britische Reich weise dreierlei Währung auf, was allein schon eine Aenderung erheische. Unmöglich könne England allein vorgehen, da es in Bezug auf Nahrungsmittel von andern Völkern abhänge. Im Hinblick auf die Lage in Amerika, Deutschland und Frankreich ist Balfour der Ansicht, daß zwischen Angehörigen aller Parteien binnen Kurzem ein internationales Abkommen zu Stande kommen werde, um das gegenwärtige unhaltbare System zu verbessern.

London, 4. April. Die „Times" melden aus Malandrai (?) vom 3. d. M.: Zwei Brigaden der Tschitral-Expedition griffen den Feind, der 12 000 Mann stark war, am Malandrai-Paß an. In dem fünfstündigen Kampfe hatten die Feinde schwere, die Engländer dagegen nur unbedeutende Verluste. Der Feind befindet sich in vollem Rückzug.

Aus Lima wird den „Times" vom 2. April gemeldet: Die Eingangszölle, welche die Regierung Caceres' auf Kohle, Eisen und Maschinen gelegt hatte, sowie die Exportzölle auf Baumwolle, Gummi, Pech, Häute, Baumwollsamen, Zucker, Tabak sind von der provisorischen Regierung wieder aufgehoben und diese Artikel für zollfrei erklärt worden.

Pierola ging am 1. April an Bord eines Kriegsschiffes mit 500 Mann Artillerie und Kavallerie nach Mollendo und Arequipa ab, um den in Puno mit 2000 Mann stehenden General Vas zur Unterwerfung unter die provisorische Regierung zu zwingen. Durch die Unterwerfung von Arequipa verfügt Pierola über weitere 1500 Mann.

London, 4. April. Das „Reuter'sche Bureau" meldet über die Einnahme des Malakand-Passes durch zwei Brigaden der Tschitral-Expedition am 4. d. M.: Der Feind hatte den Weg an den gefährlichsten Stellen zerstört, die Truppen aber gingen glänzend vor. Die Maxim-Kanonen leisteten gute Dienste. Die schottischen Truppen nahmen die steinernen Brustwehren des Feindes mit dem Bajonnet. Die britischen Verluste betrugen 40 Todte und Verwundete.

Amerika.

Washington, 3. April. Der hiesigen japanischen Gesandtschaft wurde in einem amtlichen Telegramm die Wiederaufnahme der Friedensunterhandlungen mitgetheilt.

Mexiko, 4. April. Die Ein- und Ausfuhrzölle betrugen im Monat März 1 820 000 Doll. gegen 1 518 000 Dollars im Monat Februar.

Stadtverordneten-Sitzung vom 4. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende Herr Sanitätsrath Dr. **Scharlau** mit, daß von den besoldeten Herren Stadträthen, welchen seitens der Versammlung eine Gehaltszulage bewilligt ist, Dankschreiben eingegangen seien.

Von mehreren Fabrikanten von Grabgittern, Gärtnern, Schlossern und Malern ist im Anschluß an die gelegentlich der Etat-Berathung gemachten Vorwürfe gegen die Friedhofs-Verwaltung eine Petition eingegangen, in welcher hervorgehoben wird, daß die Gewerbetreibenden von der Kirchhofs-Verwaltung in einer Weise behandelt werden, welche eine freie Konkurrenz gänzlich unmöglich machen und gebeten wird, eine vollständige Umänderung der Friedhofs-Ordnung herbeizuführen. Der Vorsitzende beantragt, die Petition dem Magistrat zur Untersuchung der angegebenen Mängel und zur Rückäußerung zu überreichen.

Herr **Petermann** bedauert, daß er am ersten Tage der Etatberathung in Folge von Krankheit verhindert war, zu erscheinen, er konnte in Folge dessen das Material nicht vorlegen, um die gegen die Friedhof-Verwaltung erhobenen Vorwürfe mehr zu begründen.

Der Vorsitzende hält es für das beste, wenn Herr Petermann sein Material Herrn Stadtrath Wiegand zur Verfügung stellen würde, um eine eingehende Untersuchung zu ermöglichen.

Herr **Petermann** entgegnet jedoch, daß er diese Angelegenheit nicht gern im Schooß mit Herrn Stadtrath Wiegand abwickeln möchte. Redner glaubt, daß nicht zu viel behauptet würde, wenn er sage, daß die Würde Stettins in den Koth getreten würde, wenn die Verhältnisse so fortdauerten. Der Herr Verwalter trete übrigens sehr frech auf (der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck) und mache selbst über die Stadtverordneten recht unangemessene Bemerkungen.

Herr **Malkewitz** bittet gleichfalls die Angelegenheit eingehend zu untersuchen und er beantragt deshalb, die Petition einer gemischten Kommission zu überweisen und Herrn Petermann als Mitglied dieser Kommission zu wählen.

Es entspinnt sich sodann eine längere Geschäfts-Ordnungs-Debatte, welche damit endet, daß die Berathung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden soll, dieselbe dürfte sich ziemlich lebhaft gestalten.

Am 29. November v. J. beschäftigten sich die Stadtverordneten mit einem Gesuch des Bezirksvereins Königsthor-Grünhof, in welchem der Wunsch ausgesprochen war, daß der Magistrat seiner gesetzlichen Pflicht zur Räumung des Mühlgrabens nachkommen möge und die Mittel zur Kanalisirung des Mühlgrabens in den diesjährigen Etat einstellt werden möchten. Das Gesuch wurde damals dem Magistrat zur Rückäußerung empfohlen. Dasselbe liegt nunmehr vor und referirt Herr **Decker** darüber. Darnach hat der Magistrat beschlossen, die Petition abzulehnen und wird dies in folgender Weise begründet. In den Mühlgraben werden die Abflußgewässer nicht nur von Stettin, sondern auch von einer Anzahl Gemeinden der Umgegend aufgenommen, im Ganzen von einem Terrain von 2028 Hektar, davon betreffen nur 250 Hektar Stettiner Terrain, also nur der achte Theil. Der Mühlgraben sei Privateigenthum und die Adjazenten zur Unterhaltung und Reinigung desselben verpflichtet, die Stadt sei garnicht berechtigt, den Lauf des Grabens zu ändern. Die Stadt sei ferner von Seiten der Regierung angehalten, ihre Abwässer zu klären, sollte nun eine Ueberwölbung des Grabens vorgenommen werden, so müßte die Stadt auch alle Gewässer klären, welche einlaufen,

3. Die Pflicht der evangelischen Christen den Verfluchungen und Verfolgungen der römischen Päpste gegenüber.

Die Vertreter der römisch-katholischen Kirche im Zentrum des deutschen Reichstages und des preußischen Landtages fordern in Deutschland, wo die große Mehrzahl der Bewohner der evangelischen Kirche angehört, Parität der römisch-katholischen Kirche mit der evangelischen Kirche.

Wenn wir ihnen diese im vollen Sinne gewähren wollten, so hätten die evangelischen Christen in Deutschland kraft dieser Parität das Recht und die Pflicht, die Mitglieder der römisch-katholischen Kirche ganz ebenso zu verfluchen und ebenso zu verfolgen, wie die römisch-katholischen Päpste die Evangelischen in den Ländern und Städten verfolgen, wo die große Mehrzahl der Bewohner der römisch-katholischen Kirche angehört.

Dies aber ist gegen die Grundsätze der christlichen Lehre, wie Christus sie lehrt; wollten die Evangelischen dies dennoch thun, so hätten sie aufgehört, Christen zu sein, ganz ebenso wie die sie verfluchenden römisch-katholischen Priester, Bischöfe und Päpste aufgehört haben, Christen zu sein. Das sei ferne!

Die Evangelischen sind Christen und wollen Christen bleiben. Als solche segnen sie die, von welchen sie verflucht werden, und bitten für die, so sie beleidigen und verfolgen; als solche wollen sie Frieden und bieten allen Mitmenschen, vor Allem allen Mitchristen, auch denen der römisch-katholischen Kirche, die Hand zum Frieden auf Erden im Geiste versöhnlicher, weltüberwindender Liebe.

Aber diese Liebe darf nun auch nicht in eine weichliche und süßliche Liebelei ausarten, welche die heiligen Güter Preis giebt. Im Gegentheile die Liebe der evangelischen Christen soll eine starke, männliche, eine kräftige, ernste sein, welche im Kampfe nicht nachläßt, welche die heiligen Güter des Christenthums gegen jeden Angriff mit den Waffen strenger Wissenschaft und göttlichen Geistes vertheidigt und jeden Angriff auf die christliche Lehre zurückweist, jeder Verfolgung der evangelischen Christen auf das Kräftigste entgegentritt und wenn es sein muß, sie bestraft.

Das wäre keine christliche Liebe, wenn wir duldeten, daß der Herr Christus zur Hölle verflucht wird, wie dies die römischen Bischöfe sich erlauben, wenn wir duldeten, daß die Lehren des Herrn Christus entstellt, daß den Christen das Lesen der heiligen Schrift verboten und daß an Stelle der christlichen Lehren Menschen-Satzungen geboten würden, welche die Seelen der Menschen ins ewige Verderben stürzen.

Im Geiste dieser männlichen, christlichen Liebe werden wir den Kampf mit den Gegnern des Christenthums aufnehmen und in den folgenden Artikeln untersuchen, ob die römisch-katholische Kirche nach den Worten des Herrn Christus in der Bibel noch eine christliche genannt werden darf.

Alle Christen, welcher Kirche sie angehören mögen, alle, welchen das Heil ihrer Seelen am Herzen liegt, alle, welche nach Sittlichkeit und Wahrheit, nach Frömmigkeit und christlicher Liebe streben, werden aufgefordert, diese Artikel zu lesen und dadurch stark zu werden im Kampfe gegen Menschen-Haß und Menschen-Verfolgung, welche um irdischer Vortheile willen den Herrn verräth.

Gott aber gebe seinen Segen zu diesem Kampfe und helfe der Wahrheit zum Siege über ihre Feinde.

Der Othello von Missouri.

Erzählung von Emilie Heinrichs.

Nachdruck verboten.

17.

Mit einer gewissen Angst betrachtete Hannibal den Freund, dessen Antlitz die wechselnde Bewegung seines Innern nur zu getreu wiederspiegelte. —

„Nun, Reinhold," sagte er leise, „begreifst Du noch nicht die Nothwendigkeit unserer Flucht?"

Reinhold fuhr wie aus einem Traume empor, er sagte hastig: „Ich begreife nur die Nothwendigkeit für mich, hier zu bleiben, und der Gefahr die Stirne zu bieten, da ich im Grunde ja die alleinige Ursache dieses Hasses bin, habe ich anders die Dame richtig verstanden."

„Und da wähnst Du am Ende gar, ich solle Dich hier allein zurücklassen?" fuhr Hannibal zornig auf.

„Allerdings fordere ich dies sogar," nickte Reinhold jetzt sehr entschlossen, — „Du kehrst mit Jonas noch in dieser Nacht auf die angegebene Weise nach New-Orleans zurück und setzest die Reise sogleich, womöglich in seiner Begleitung, nach St. Louis fort, wo Du mich erwarten kannst. Ich werde mich alsdann schon selber zu schützen wissen und dem Herrn Harry das Handwerk legen."

Hannibal sah finster vor sich hin, — nicht umsonst hatte er vor dem Besuche dieses Sklavenhalters eine solche Scheu gehabt, nun war das Unheil da, — der Bund zerrissen durch die Laune eines Weibes! — Sollte er den Freund seinem Schicksale überlassen?

„Besinne Dich nicht," fuhr Reinhold, der ihn forschend betrachtete, eifrig fort, — „ich fordere es von Deiner Freundschaft, Du hast Deine Zukunft, Deine Stellung mir drüben in der Heimath geopfert, — bringe mir nun auch dieses Opfer, Bruder!"

„O täusche Dich nicht, Reinhold!" sagte Hannibal in heftiger Bewegung, ohne die Gegenwart der Fremden weiter zu beobachten, „diese Sirene mit der Sklavenpeitsche wird Dich verderben, da sie kein Herz hat. Ich beschwöre Dich, besiege diese Neigung, welche Dich der Hölle verschreiben würde —"

„Schweig!" unterbrach ihn Reinhold erzürnt, — „wer giebt Dir das Recht, mich vor Fremden zu beleidigen? Ich bleibe hier und Du gehst, das ist mein Wunsch und auch mein fester Wille, dem Du hoffentlich Dich fügen wirst! Nehmen Sie auch meinen Dank, Miß Jones," wandte er sich sodann zu der jungen Dame, „und seien Sie versichert, daß Sie unter allen Verhältnissen des Lebens auf meine Dienste rechnen dürfen."

„So darf ich mich um Mitternacht wieder einfinden, um Ihren Freund hinaus zu geleiten?" fragte Mary ruhig.

„Sie sind gar zu gütig," versetzte Hannibal mit einem Seufzer, „ich gehe, da mein Freund mir so zu sagen den Weg weist. Möge diese Stunde ihn niemals im Leben gereuen!"

„Das ist auch mein Wunsch," nickte Mary, „also um Mitternacht, Sir Hartmann!"

Sie war verschwunden wie eine Erscheinung und unwillkürlich legte Hannibal die Hand auf die Stirn, um zu prüfen, ob er nicht etwa geträumt habe.

Auch Reinhold war in einer nicht geringen Aufregung, er schritt auf und nieder und blieb dann endlich vor dem Freunde stehen.

„Die Besorgniß der jungen Dame galt, denke ich, nur Dir, mein bester Hannibal. Sie betrachtete Dich gar zu zärtlich —"

„Laß die Dummheiten," brummte dieser, sich heftig abwendend.

„Wenn ich die Geschichte recht betrachte," fuhr Reinhold heiter fort, „so kommt sie mir äußerst komisch vor, — wer weiß, ob die Kleine mit den kurzen Augen nicht selbst mit im Komplotte ist?"

„Ich sage Dir nochmals, laß die Dummheiten, diese Miß Jones ist ehrlicher als die ganze Sippschaft hier. Und was Dich anbetrifft, so hätte ich wohl Lust, Dich wie einen Unzurechnungsfähigen zu behandeln und gewaltsam mitzunehmen. Unglücklicher Mensch! Glaubst Du am Ende gar, den sauberen Rächer auszustechen und Besitzer der Plantage zu werden?"

„Warum nicht?" lachte Reinhold. „Dem Muthigen gehört die Welt, und ich habe diesen Muth, mir eine Welt voll Glück zu erobern. Kannst Du Dir den armen Lieutenant Reinhold als Sklavenhalter vorstellen?"

„Nein," versetzte Hannibal kurz, „aber wohl als Sklaven unter der Peitsche einer gewissen Miß aus hartem Holze."

„Danke schön, diese Vorstellung ist denn doch zu unerquicklich und eben so unmöglich wie die andere. Doch Scherz bei Seite, Freund, erfülle meine Bitte und überlasse mich auf kurze Zeit meinem Schicksal, ziehe fort gegen St. Louis ohne Deinen Orest, mein viel getreuer Pylades, und bereite mir dort eine Stätte, wenn der Boden hier zu heiß für mich werden sollte. Willst Du?"

„Ich gehe, da es Dein Wille ist," antwortete Hannibal düster, „obwohl die Trennung voraussichtlich eine ewige sein wird!"

„O nein!" rief Reinhold lebhaft, „mir sagt es eine Stimme im Herzen, daß James-Hall unser Beider Glück umschließt und daß ich dazu bestimmt bin, dieses Glück zu erringen und festzuhalten. Deine Gegenwart ist mir ja hinderlich, Deine Flucht aber meinem Plan in jeder Weise dienlich. Willst Du mir nicht zürnen, mein Pylades, sondern Mitarbeiter unseres Glückes sein?"

„Na meinetwegen," brummte Hannibal, „Abenteurer sind wir nun doch einmal, auch wird das Gleichniß vom Orest sich bald genug verwirklichen und die Furien der Reue Dich packen. Will Dir die Trennung nicht schwer machen, aber eine Tollheit ist's und bleibt's; denn mir wird der Kopf fehlen, wenn ich ganz allein hinausziehe. Der Henker hole alle Empfehlungsbriefe!"

Reinhold that sein Möglichstes, um den aufgeregten Freund zu beruhigen und ihm die Zukunft so sonnig als möglich auszumalen. So kam die Mitternachtsstunde heran und mit ihr Miß Jones, die unsern Hannibal geräuschlos wie mit Geisterschritten entführte und aus dem Landhause brachte.

Keine Seele hatte diese geheime Flucht bemerkt, und als er draußen stand, als das seltsame Mädchen ihm mit einem warmen Händedruck und leisem Flüstern den Weg gezeigt und dann entschwunden war, wie es gekommen, da athmete Hannibal tief auf, als wollte er den Alp, der sich auf seine Brust gewälzt, gewaltsam bannen.

Aber dieser Alp ließ ihn nicht los, und wie sein umflorter Blick hinaufschweifte zu dem wunderbaren Gefunkel am tiefblauen Himmelsdom und dann auf dem Landhause des Sklavenhalters weilte, wo er den Freund, an welchem seine ganze Seele hing, vielleicht auf Nimmerwiedersehen zurückgelassen, da fühlte der Arme sich urplötzlich so verlassen und vereinsamt in dem weiten fremden Lande wie ein Kind, dem Vater und Mutter gestorben. Und wie ein solches weinte der gute Hannibal in dieser furchtbarsten Minute seines Lebens, nicht blos im Gefühle der Verlassenheit, sondern hauptsächlich auch mit dem Gedanken, daß der einzige Freund ihm um einer Fremden willen so allein konnte hinausziehen lassen.

„Leb' wohl!" bebte es endlich von seinen Lippen und mit fester Willenskraft besiegte er den verzweiflungsvollen Schmerz, der den starken Mann zu zermalmen drohte, da legte sich eine leichte Hand auf seine Schulter und erschreckt sich umwendend tönte eine leise Stimme wie Musik an sein Ohr.

„Gehen Sie getrost nach St. Louis. Ich wache über ihren Freund und werde Ihrer stets gedenken. Durch mich empfangen Sie Nachricht, und wenn Gott es will, werden auch wir uns wiedersehen."

„Miß Jones!" rief Hannibal überrascht.

„Still, mein Freund!" flüsterte es; er fühlte seine Hand ergriffen und von einem unerklärlichen Gefühl überwältigt zog er das junge Mädchen an seine Brust und drückte einen Kuß auf ihre Stirn.

„Auf Wiedersehen," flüsterte er; noch einen Druck der Hand und fort war sie, ihn allein zurücklassend mit einer Empfindung, als habe er soeben einen Gruß des Himmels empfangen.

(Fortsetzung folgt.)
